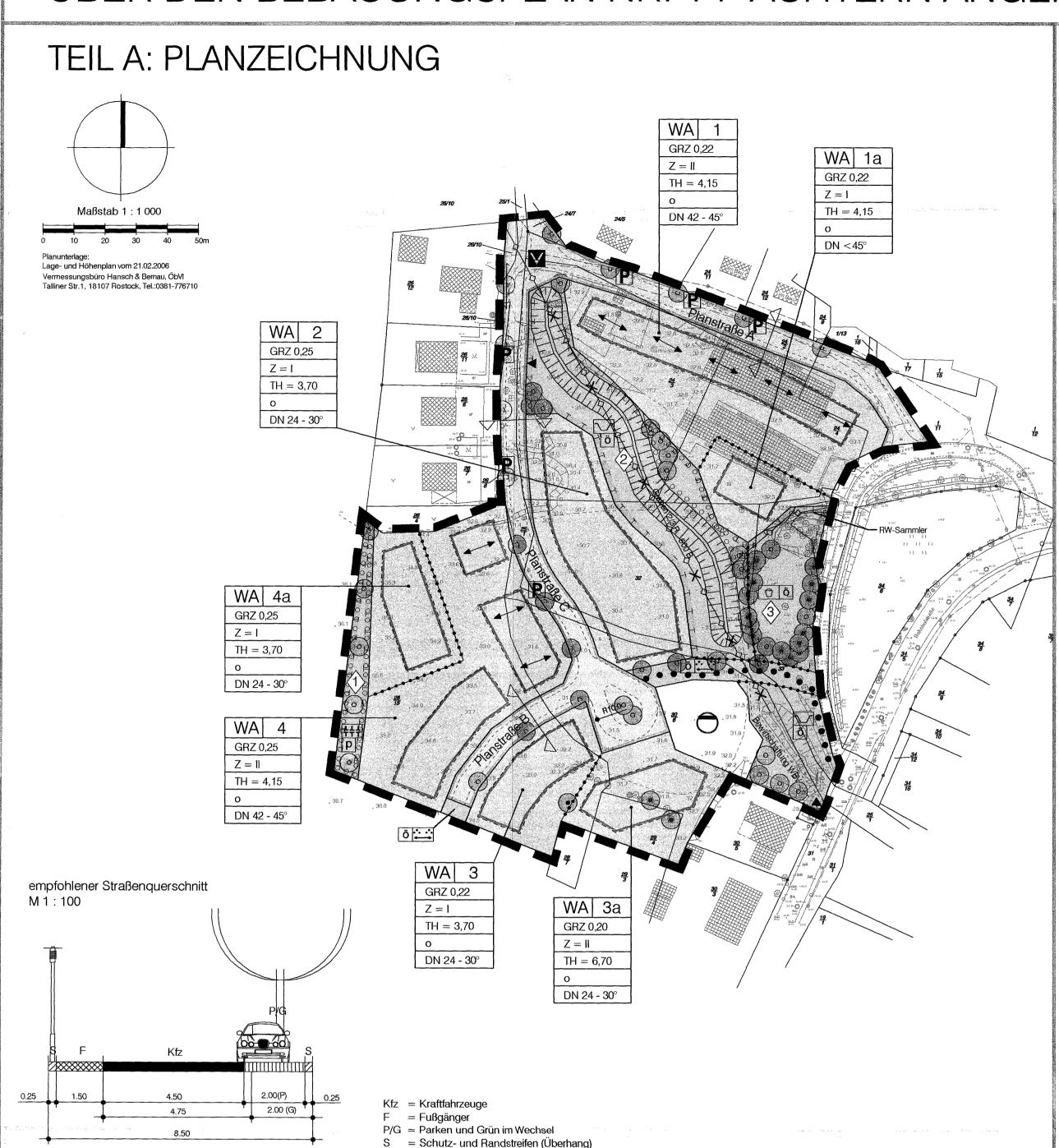
SATZUNG DER GEMEINDE KRITZMOW

ÜBER DEN BEBAUUNGSPLAN NR. 14 "ACHTERN ANGER"



Zweckbestimmung:

(0)

Eingrünung/Schutzgrün

PLANZEICHENERKLÄRUNG

Es gilt die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung -BauNVO-) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. 01. 1990 (BGBI. I S. 132), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22. 04. 1993 (BGBI. I S. 466) sowie die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990) vom 18.12.1990 (BGBI, 1991 I S. 58)

Planzeichen Erläuterung Rechtsgrundlage I. FESTSETZUNGEN ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB) Allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO) WA

MASZ DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO) Grundflächenzahl Z = IZahl der Vollgeschosse als Höchstmaß

TH Traufhöhe als Höchstmaß (vgl. Teil B Nr. 1.2) DN Dachneigung (i.V.m. § 86 LBauO M-V) BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)

offene Bauweise Baugrenze

VERKEHRSFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB) Straßenverkehrsflächen

Straßenbegrenzungslinie P öffentliche Parkstände im Straßenraum

Fußwegeverbindung Ein- bzw. Ausfahrten und Anschluss anderer Flächen an die Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 6 BauGB, § 81 LWaG M-V) Einfahrt

FLÄCHEN FÜR VERSORGUNGSANLAGEN, FÜR DIE ABFALLENTSORGUNG UND ABWASSER-BESEITIGUNG SOWIE FUR ABLAGERUNGEN

Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie Ablagerungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB) hier: Regenrückhaltebecken

GRÜNFLÄCHEN (§9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

Ö öffentliche Grünflächen private Grünflächen

Grünflächen

.... Verbindungsgrün Vorflutgraben Spielplatz PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN, MASZNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR MASZNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 BauGB) Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zur Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und Abs. 6 BauGB) Bezeichnung der Maßnahmen (sh. Teil B Nr. 3.2, 3.3., 3.4.)

Anpflanzen von Bäumen

Erhaltung von Bäumen (auch § 9 Abs. 6 BauGB, § 20 LNatG M-V) Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern (§ 9 Abs. 6 BauGB, § 20 LNatG M-V)

SONSTIGE PLANZEICHEN Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Firstrichtung (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 86 LBauO M-V)

II. KENNZEICHNUNGEN vorgesehene Straßenführung

Höhenmarke des natürlich anstehenden Geländes in Meter ü.HN (sh. Teil B Nr. 1.2.) **→ X ←** künftig entfallende unterirdische Hauptversorgungsleitung hier: Vorflut, Gewässer II Ordnung (Graben 2/3 R) - Ersatz durch offenes Gerinne

vorhandener Regenwassersammler

TEIL B: TEXT

 Art und Maß der baulichen Nutzung § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und § 16 BauNVO

1.1 Für die Allgemeinen Wohngebiete (WA) gelten die Vorschriften der §§ 4, 12-14 BauNVO. Die nach § 4 (3) Nr. 3 bis 5 BauNVO vorgesehenen Ausnahmen sind nicht Bestandteil dieses Bebau-(§ 1 Abs. 3. 6 BauNVO) ungsplans (Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe, Tankstellen).

1.2 Höhe baulicher Anlagen / Höhenbezug (§18 Abs. 1 BauNVO) Maßgeblich für die Bestimmung der Höhe baulicher Anlagen ist das Höhenniveau der zugeordneten Verkehrsfläche im Anschlusspunkt an das jeweilige Baugrundstück (sh. Teil A: Festsetzung der Trauf-Bei gegenüber der zugeordneten Verkehrsfläche ansteigendem Gelände des Baugrundstücks (natür-

des Mittelpunktes der überbaubaren Fläche des Baugrundstücks (sh. Höhenangaben in Teil A) und der Höhenlage des Straßenanschlusspunktes. Bei gegenüber der zugeordneten Verkehrsfläche abfallendem Gelände des Baugrundstücks (natürlich anstehendes Gelände entsprechend der gekennzeichneten Höhenangaben in Teil A) verringert sich die zulässige Bauhöhe (Festsetzung in Teil A) entsprechend um die Differenz zwischen der Höhenlage des Mittelpunktes der überbaubaren Fläche des Baugrundstücks (sh. Höhenangaben in Teil A) und der Höhenlage des Straßenanschlusspunktes. Dies gilt nicht bei Aufschüttung des Bau-

lich anstehendes Gelände entsprechend der gekennzeichneten Höhenangaben in Teil A) erhöht sich die zulässige Bauhöhe (Festsetzung in Teil A) entsprechend um die Differenz zwischen der Höhenlage

Bauweise, überbaubare Grundstücksfläche, Stellung baulicher Anlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

grundstücks bis höchstens 0,30 m über der Höhenlage des Straßenanschlusspunktes.

2.1 Die in Teil A geregelten Dachneigungen sind nicht auf Garagen, Carports und Nebenanlagen anzuwenden. Die in Teil A festgesetzten Dachneigungen im Baugebet WA 4 gelten nicht für Mansarddächer, die als Vollgeschoss ausgebaut sind und die eine Firsthöhe von 8 m über Oberkante Fertigfußboden nicht überschreiten. (i.V.m. § 86 LBauO M-V)

Garagen und überdachte Stellplätze (Carports) i.S.v. § 12 BauNVO sind außerhalb der überbaubaren

Grundstücksflächen (Baugrenzen) nur zulässig in einem Abstand von mindestens 3,0 m und höchstens 20,0 m zu den Straßenbegrenzungslinien. Dies gilt nicht für das Baugebiet WA 1a. Für de Baugebiete WA 3a bzw. WA 4a gilt abweichend von Satz 1 entsprechend ein Höchstabstand von 25m (WA 3a) bzw. von 45m (WA 4a) zu den Straßenbegrenzungslinien. Nebenanlagen i.S.v. § 14 (1) BauNVO sind außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen (Baugrenzen) nur zulässig in einem Abstand von mindestens 3,0 m zu den Straßenbegrenzungslinien. Nebenanlagen, die Gebäude sind, dürfen außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen ab einem Abstand von 20 m zu den Straßenbegrenzungslinien eine Baumasse von 15m³ je Baugrundstück nicht überschreiten. Dies gilt nicht für das Baugebiet WA 1a. Für de Baugebiete WA 3a bzw. WA 4a gilt abweichend von Satz 5 entsprechend ein Abstand von 25m (WA 3a) bzw. von 45m (WA 4a) zu den Straßenbegrenzungslinien.

Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft und

Die Zulässigkeit von Nebenanlagen i.S.v. § 14 (2) BauNVO bleibt unberührt. (§ 23 Abs. 5 BauNVO)

3.1 Nicht überdachte Pkw-Stellplätze und öffentliche Parkstände sind mit Ausnahme ihrer Zufahrten mit

wasserdurchlässigen Materialien in versickerungsfähiger Bauweise anzulegen. 3.2 Innerhalb der privaten Grünfläche mit der Zweckbestimmung "Eingrünung/Schutzgrün" ist eine locke-

re, freiwachsende Hecke mit Überhältern anzulegen. Dazu sind insgesamt 130 Sträucher sowie 5 Bäume - jeweils in den Arten gemäß Pflanzenliste - 5-reihig in pyramidalem Strukturaufbau anzupflanzen und dauerhaft zu erhalten. (Raute Nr. 1) 3.3 In der Grünfläche "Vorflutgraben" ist auf einer Länge von 130 m die Rohrleitung zurückzubauen, Inner-

halb der festgesetzten Flächen mit Anpflanzgeboten sind Gehölzgruppen mit einer Mindestgröße von 30 m² anzulegen. Die Artenzusammensetzung erfolgt analog der Pflanzenliste. Insgesamt sind 10 Bäume und 320 Sträucher zu pflanzen. Die Anpflanzgebote für Bäume können ersatzweise auch außerhalb der festgesetzten Fläche mit Anpflanzgebot realisiert werden. Die Südwestseite einschließlich Bewirtschaftungsstreifen ist gehölzfrei zu halten. Im Grenzbereich zu den Baugebietsflächen WA 2 sind pollerartig Bohlen im Abstand von ca. 1m zu setzen. (Raute Nr. 2)

Das Weiden-/ Eschengehölz (ehem. Teich) ist von Bauschuttablagerungen zu befreien. Die Kopfweiden / -pappeln an der Ostseite sind alle 4 - 5 Jahre zu schneiteln sowie bei Bedarf durch Weidenstämmlinge zu ersetzen. Die mehrstämmigen Weiden an der Westseite sind bis zur Entstehung von Bruchgefahr zu erhalten und dann durch Stämmlinge zu ersetzen, die zu Kopfbäumen zu entwickeln sind.

3.5 Für die Anpflanzgebote gem. Nr. 3.2., 3.3 sind folgende Mindestqualitäten zu verwenden: Bäume mind. 2 mal verpflanzt bzw. Containerware / Hochstamm oder Heister 250-300; Sträucher verpflanzt bzw. Containerware / H 80-100 cm. Für die Anpflanzgebote im Straßenraum sind 3 mal verpflanzte Hochstämme mit einem Stammumfang von 14 - 16 cm einzusetzen.

3.6 Für die Anpflanzgebote im Straßenraum und gem. Nr. 3.2., 3.3. sind folgende Arten einzusetzen: Pflanzenliste

Bäume im Straßenraum: Sorbus aria Echte Mehlbeere Sorbus aucuparia Eberesche Bäume in Grünflächen: Echte Mehlbeere Sorbus aria Eberesche Sorbus aucuparia Fraxinus excelsion Esche Korb-Weide Salix viminalis Schwarz-Erle Alnus glutinosa Viburnum opulus Gewöhnlicher Schneeball Sträucher Corylus avellana Haselnuss Faulbaum Rhamnus frangula Roter Hartriegel Cornus sanguinea Gewöhnliches Pfaffenhütchen Euonymus europaea Symphoricarpos rivularis Schneebeere Sambucus nigra Schwarzer Holunder Hunds-Rose Rosa canina Rosa arvensis Kriechende Rose Essig-Rose Rosa gallica Rosa pimpinellifolia Bibernell-Rose Salix repens Kriech-Weide Salix purpurea Purpur-Weide Lonicera xylosteum Gewöhnliche Heckenkirsche Prunus spinosa Schlehe Crataegus monogyna Eingriffliger Weißdorn Rubus fruticosus Echte Brombeere Rubus idaeus Echte Himbeere

3.7 Zuordnung der Ausgleichsmaßnahmen (§ 9 (1a) BauGB) Die nach Nr. 3.1, 3.2., 3.3 festgesetzten Maßnahmen (Raute Nr. 1, 2) werden den Baugebieten gesammelt zugeordnet. Verteilungsmaßstab ist die überbaubare Grundstücksfläche. Die nach Nr. 3.4 festgesetzten Maßnahmen (Raute Nr. 3) ist dem Spielplatz zugeordnet.

HINWEIS:

Wenn während der Erdarbeiten Sachen, Sachgesamtheiten oder Teile von Sachen entdeckt werden, von denen anzunehmen ist, dass an ihrer Erhaltung gemäß § 2 Abs. 1 DSchG M-V ein öffentliches Interesse besteht,ist gem. § 11 DSchG M-V die untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen. Anzeigepflicht besteht für den Entdecker, für den Leiter der Arbeiten, für den Grundeigentümer, und für zufällige Zeugen, die den Wert des Gegenstandes erkennen. Der Fund und die Fundstelle sind bis 5 Werktage nach Zugang der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten. (§ 11 DSchG M-V)

VERFAHRENSVERMERKE

westlich des Angers, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen:

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. 09. 2004 (BGBI. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 21 des Gesetzes vom 21.06.2005 (BGBI. I S. 1818), sowie nach § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) vom 18. April 2006 (GVOBI. M-V S. 102), wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung Kritzmow vom 27.09.2006 folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 14 für das Gebiet "Achtern Anger" in Groß Schwaß

1. Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 23.11.2005. Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Abdruck im amtlichen Bekanntmachungsblatt "Der Landbote" am 13.03.2006 erfolgt.

2. Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 17 LPIG beteiligt

3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB ist in der Zeit vom 21.03.2006 bis zum 04.04.2006 durchgeführt worden.

4. Die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB ist mit Schreiben vom 13.03.2006 erfolgt.

5. Die Gemeindevertretung hat am 17.05.2006 den Entwurf des Bebauungsplans mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

6. Der Entwurf des Bebauungsplans mit der Begründung und den wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen haben in der Zeit vom 25.07.2006 bis zum 29.08.2006 während der Dienst- und Öffnungszeiten nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen unberücksichtigt bleiben können, durch Abdruck im amtlichen Bekanntmachungsblatt "Der Landbote" am 06.06.2006 ortsüblich bekannt gemacht worden.ungsblatt "Der Landbote" am 17.07.2006 ortsüblich bekannt gemacht worden.

Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 03.07.2006 zur Abgabe einer Stellungnahme zum Planentwurf aufgefordert worden.

8. Die Gemeindevertretung hat die abgegebenen Stellungnahmen am 17.05.2006 und am 27.09.2006 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

9. Der Entwurf des Bebauungsplans ist nach der öffentlichen Auslegung (Ziff. 6) geändert worden. Daher hat der Entwurf des Bebauungsplans mit der Begründung in der Zeit vom bis zum während der Dienst- und Öffnungszeiten erneut-öffentlich ausgelegen. Dabei ist bestimmt worden, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen abgegeben werden konnten. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen-umberücksichtigt bleiben können , durch Abdruck im amtlichen Bekanntmachungsblatt "Der Landbote" am ortsüblich bekannt gemacht worden.

10. Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am 27.09.2006 von der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluss der Gemeindevertretung vom 27.09.2006 gebilligt.

11. (Genehmigungsvorbehalt entfällt)

12. Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) wird hiermit ausgefertigt.

Kritzmow, 08/02/07

13. Der katastermäßige Bestand am 21.02.2006 im Geltungsbereich wird als richtig dargestellt bescheinigt. Hinsichtlich der lagerichtigen Darstellung der Grenzpunkte gilt der Vorbehalt, dass eine Prüfung nur grob erfolgte, da die rechtsverbindliche Flurkarte im Maßstab 1: Regreßansprüche können nicht abgeleitet werden.

Rostock, 19.02.2007

19.02.2007 in Kraft getreten.



 Der Beschluss über den Bebauungsplan sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind durch Abdruck im amtlichen Bekanntmachungsblatt "Der Landbote" am 19.02.2007 ortsüblich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung ist mit Ablauf des

Kritzmow, 20/02/07



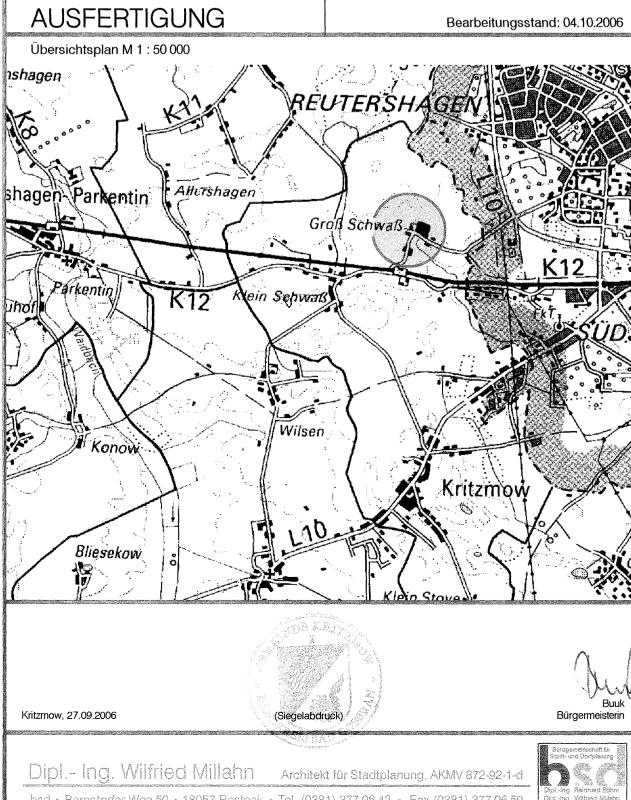
Bürgermeisterin

Satzung der Gemeinde Kritzmow

Landkreis Bad Doberan

über den Bebauungsplans Nr. 14

für das Gebiet "Achtern Anger" in Groß Schwaß westlich des Angers



bsd • Barnstorfer Weg 50 • 18057 Rostock • Tel. (0381) 377 06 42 • Fax (0381) 377 06 59